

Baruther Anzeiger

Zeitung mit amtlichem Publikations-Recht für die Stadt Baruth und für die Amtsbezirke Paplitz und Radeland

Erscheint Montag, Mittwoch und Freitag abend für den folgenden Tag. Bezugsgebeld freibleibend für den Monat eine Goldmark. Schriftleiter: Johannes Gürchen, Baruth (Markt). Fernsprecher Nr. 17. — Postfachkonto: Berlin Nr. 345 40. Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörungen usw. hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung des „Baruther Anzeiger“ oder auf die Erstattung des Bezugsgebeldes.



Anzeigenpreis: Die sechsgepaaltene Kleinzeile (45 mm) 15 Goldpfennig, die dreigegepaaltene Kleinzeile (90 mm) 40 Goldpfennig. Bei Wiederholungen wird Rabatt gewährt nach unserem Tarif. Druck und Verlag: Buchdruckerei F. Gürchen, Baruth (Markt). Für Anzeigen an vorgeschriebenen Tagen, ferner für unbedeutend geschriebene Manuskripte und Anzeigen durch den Fernsprecher kann keine Gewähr geleistet werden.

Nr. 53

Dienstag, den 4. Mai

1926

Dr. Stresemann über den Russen-Vertrag.

Berlin. Reichsminister Dr. Stresemann führte in einer Anrede mit dem außenpolitischen Mitarbeiter eines Berliner Blattes über den deutsch-russischen Vertrag folgendes aus:

„Die Aufgaben unserer Politik sind durch die geographische Lage Deutschlands und durch alles das, was das Schicksal über das deutsche Volk herabgelassen hat, in ganz anderer Weise bestimmt, als die Politik der übrigen großen europäischen Länder. Die deutsche Außenpolitik muß in erster Linie Friedenspolitik sein, Friedenspolitik nach allen Seiten. Aber wenn wir Außenpolitik mit dem Westen und mit dem Osten machen müssen, so bedeutet solche

„Zweifelhafte Politik“ doch immer zweideutige Politik!

„Weber der Vertrag von Rapallo und der Berliner Vertrag, noch die Schritte, die wir in unserer Westpolitik getan haben, wären für die deutsche Politik als isolierte Akte möglich. Die Aufgabe war nicht leicht, denn nach beiden Seiten mußten wir uns gegen Mißdeutungen schützen. Wir haben aber bei der Vorbereitung des Vertrages

mit ganz offenen Karten gespielt,

und ich glaube, daß wir die Aufgabe bei der Formulierung des Vertrages und der Noten einwandfrei gelöst haben.

Das Argument, daß Rußland völkerverfeindlich ist, können wir nicht gelten lassen. Wer solche Argumente in die Debatte wirft, treibt ein gefährliches Spiel, denn dieses Argument läuft darauf hinaus, daß ein Mitglied des Völkerbundes mit der Sowjetregierung wegen ihrer Völkerverfeindlichkeit keine politischen Bindungen eingehen dürfte. Damit würde aber denjenigen recht gegeben werden, die behaupten, daß der Völkerbund und die Locarno-Verträge letzten Endes gegen Rußland gerichtet seien. Eine solche Unterstellung ist von den leitenden Staatsmännern, mit denen wir in Locarno verhandelt haben, stets auf das bestimmteste zurückgewiesen worden. Man spricht in diesem Zusammenhang von der Möglichkeit des Bestehens geheimer Abmachungen zwischen Deutschland und der Sowjet-Union. Das ist nun zwar schon oft genug widerlegt worden, aber man wird es wohl bis zum Ueberdruß wieder widerlegen müssen. Wenn man heute wieder solche Andeutungen macht, so kann ich das schon nicht mehr für gutgläubig halten.

Dann hat man eingewendet, daß Deutschland sich mit dem Berliner Vertrag die

Freiheit der Stellungnahme im Völkerbund

nehme. Das ist eine ungeheuerliche Verächtlichmachung unserer Absichten, die in keiner Stelle des Vertrages oder des Notenwechsels eine Stütze findet. Vielmehr ist gerade der Notenwechsel, der die Völkerbundstragen behandelt, auf der Tatsache aufgebaut, daß wir unsere Verpflichtungen aus dem Völkerbundsstatut loyal erfüllen werden. Es ist ein feststehender Grundsatz des Völkerbundes, daß jedes Mitglied selbständig darüber entscheidet, ob ein Staat einen Friedensbruch begangen hat, und ob damit die Voraussetzungen für eine Bundesexekution gegeben sind. Eine selbständige Entscheidung ist nie und nimmer gleichbedeutend mit einer parteiischen Entscheidung.

Wir müssen fordern, daß man den klaren und einfachen Sätzen unserer Abmachungen mit der Sowjet-Union nicht einen Sinn unterstellt, den sie nicht haben und nicht haben können. Und die leitenden deutschen Staatsmänner können das Vertrauen beanspruchen, daß man nicht glaubt, sie würden im Jahre 1926 einen politischen Schritt tun, der mit ihren politischen Schritten des Jahres 1925 im Widerspruch steht.

Ankunft deutsch-amerikanischer Sänger in Hamburg.

Der Milwaukee-Liedertrupp traf in Stärke von 250 Mitgliedern in Hamburg ein, wo sie durch einige hundert Hamburger Sänger und verschiedenen Abordnungen der Vereinigten Hamburg-Altonaer Sängerverbände begrüßt wurden.

Reichshilfe für die Arbeiterschaft der Saar-Randgebiete.

Berlin. Nach Mitteilungen des Reichsministeriums für die besetzten Gebiete im 16. Ausschuß des Reichstages wird die Reichsregierung zur Linderung der Not, die durch die Errichtung der Saargrenze und den Frankreich in weiten Kreisen der Arbeiterschaft der dem Saargebiet benachbarten Gebiete aufgetreten ist, vom 1. Mai 1926 ab bis auf weiteres den im Randgebiet wohnenden und im Saargebiet und Elsaß-Lothringen beschäftigten Arbeitnehmern die Fahrkosten (Monatskarte) vom Wohn- zum Arbeitsort ersetzen.

Die deutsch-englische Freundschaft.

London. Sir Austen Chamberlain hielt in Albert Hall vor einer Tagung der konservativen Frauen eine Rede, in der er auf die neueste weltpolitische Lage einging. Er begrüßte den Besuch des französischen Präsidenten Doumergue und des Ministerpräsidenten Briand und betonte, daß diesem Besuch keinerlei politische Bedeutung beigemessen werden dürfte.

„Wir wissen unsere heraldische Freundschaft mit Frankreich und unser tiefgehendes Vertrauen mit Italien sehr wohl zu schätzen; wir können und wollen aber auf alle Fälle mit Deutschland, unserem Feinde von ehemals, zu völligem Frieden kommen. Es wäre töricht, einen alten Freund aufzugeben, um dadurch einen neuen zu gewinnen. Aber unsere Freundschaften dürfen keinesfalls abgefordert sein.“

Zum deutsch-russischen Vertrag sagte Chamberlain, er sei noch immer der festen Überzeugung, daß er sich auf die Worte der deutschen Staatsmänner verlassen könne.

Völkerbund und deutsch-russischer Vertrag.

Eine Rede Dr. Benesch im tschechischen Senat.

Prag. In einer Sitzung des Außen-Ausschusses des tschechischen Senats berichtete der Minister des Äußeren Dr. Benesch über die ständigen Ratsitze im Völkerbunde. Er betonte in seinen Ausführungen, daß es im Interesse der Reine Entente läge, die sechs nichtständigen Ratsitze beizubehalten. Bei der

Lösung der Ratsitzfrage

werde auch der deutsch-russische Vertrag von Bedeutung sein. Es sei begreiflich, daß die einzelnen Staaten ein gewisses Mißtrauen gegen den deutsch-russischen Vertrag hegten. Möglich sei, daß durch den deutsch-russischen Vertrag ein engeres wirtschaftliches Zusammenarbeiten zwischen Deutschland und Rußland erfolge. Seine Ansicht sei jedoch, daß diese Zusammenarbeit kaum über das vorkriegszeitliche Zusammenarbeiten hinausgehe.

Der Regierungsvorschlag zur Fiskusabfindung.

Die Regierung optimistisch.

Berlin. Entsprechend der Anregung der Deutschen Volkspartei hat das Reichskabinett einstimmig beschlossen, in der Fiskusabfindungsfrage die von allen Regierungsparteien geforderte Initiative zu ergreifen und von sich aus mit einem Entwurf vor die gesetzgebende Körperschaft zu treten. Es handelt sich dabei um eine vollkommen selbständige Aktion der Regierung, die in keiner Weise mit den Arbeiten des Rechtsausschusses im Zusammenhang steht, dem der Volksentscheidsentwurf und die dazu gehörigen Vorschläge des Zentrums und der Demokraten überwiesen worden sind.

Das Reichskabinett hat als Grundlage des neuen Gesetzesentwurfs auf das bekannte Kompromiß zurückgegriffen, welches Anfang voriger Woche im Rechtsausschuß des Reichstages stand. Dieser Entwurf umfaßte in der letzten Formulierung, die er durch die Beratungen des Rechtsausschusses erhalten hatte, etwa 30 Paragraphen. Er soll in dieser letzten Fassung nunmehr vom Reichsjustizministerium noch einmal redaktionell überarbeitet werden und dann als

neue Vorlage dem Reichstag zugeleitet

und zugleich veröffentlicht werden. Irgendwelche Ueberänderungen wird man von diesem Entwurf nicht erwarten können, da er ja aus den letzten Beratungen des Rechtsausschusses in allen Einzelheiten bekannt ist.

Die Regierung hält diesen Schritt für ausichtsreich, da der Entwurf bisher lediglich ein Initiativakt der Parteien war, während nunmehr die volle Autorität der Reichsregierung hinter ihm steht. Auch ist es ein wichtiger Unterschied gegenüber dem bisherigen Verfahren, daß der Entwurf zunächst in den Reichstag geleitet wird, was mit dem Initiativgesetz der Parteien nicht der Fall war. Der Entwurf behält nun natürlich seinen verfassungsändernden Charakter und muß sowohl im Reichstag wie im Reichstag eine Zweidrittelmehrheit erzielen. Nach der Auffassung der Regierung scheint diese

Zweidrittelmehrheit im Reichstag gesichert

zu sein, da zwischen der Reichsregierung und der preußischen Regierung bereits eine Verständigung in der Richtung erzielt ist, daß die preußischen Stimmen für den Entwurf abgegeben werden. Wenn dann der Entwurf in den Reichs-

tag gelangt, so steht hinter ihm sowohl die Reichsregierung wie der Reichstag und insbesondere auch die preußische Regierung einschließlich ihrer sozialdemokratischen Minister. Man erwartet in Regierungskreisen, daß die Zweidrittelmehrheit, die bisher nicht zu finden war, dann doch noch zusammengebracht wird.

Der Reichsfinanzminister über Wirtschaft und Staatsfinanzen.

Hamburg. Der Reichsfinanzminister Dr. Reiter sprach in Hamburg über Wirtschaft und Staatsfinanzen.

Er führte u. a. aus: Die augenblickliche Krise sei nicht nationaler Art, sondern bis zu einem gewissen Grade eine europäische, ja, sogar eine Weltkrise. In Deutschland kämen zu diesen Schwierigkeiten noch die Lasten für die Reparationszahlungen.

Die Wirtschaftskrise sei zum Teil durch die zu starken Steuererhöhungen verursacht worden, die jedoch zur Stabilisierung der Währung der deutschen Wirtschaft hätten auferlegt werden müssen. Auch heute noch habe die Reichsregierung die bringende Pflicht, alles zu tun, um eine neue Erhellung der Währung zu verhindern. Die Aufwertungsfrage dürfe deshalb nicht zum Gegenstand politischer Agitation gemacht werden.

Dr. Reiter verwies sodann auf die Aufhebung der Sperrungen im Devisenverkehr. Das Ziel sei die Rückkehr zu normalen und vollkommen gesicherten Verhältnissen. Zu volle öffentliche Kassen böten große Gefahrenmomente und stülften naturgemäß zu einer verwerflichen Wirtschaft. In diesem Zusammenhang wachte sich der Redner scharf gegen die Anwendung von öffentlichen Geldern. Vor allen Dingen dürften keine Gelder angewandt werden für Unternehmungen, die auf zweifelhafter Grundlage ständen.

In Zeiten der Krisen müsse der Staat bereit sein, seine Reserven in die Wirtschaft hineinzuworfen. Es werde die schwere Aufgabe dieses Sommers sein, die nötigen Verwaltungsreformen durchzuführen. Es müsse unbedingt geprüft werden, wie wir in Deutschland billiger verwalten könnten. Die Reichsregierung habe sich zur Aufgabe gemacht, noch vor dem Herbst die Grundlagen zu schaffen, die uns ein organisch-gewachsenes einheitliches Steuersystem ermöglichen.

Dr. Reiter betonte, daß wir jetzt aus der schwersten Zeit heraus sein dürften. Es könne jetzt auch die Möglichkeit ins Auge gefaßt werden, bei der Erhebung der Einkommensteuer eine Ermäßigung eintreten zu lassen, um besonders den Mittelstand, der von dieser Steuer besonders scharf befallen werde, zu entlasten.

Der Reichsfinanzminister begrüßte sodann den wieder erwachenden Sparsinn des deutschen Volkes. Es werde sich für uns darum handeln, daß die Spargelder die richtige Verwendung fänden und wirklich in die Wirtschaft flößen, wo man sie am nötigsten brauche. Zum Arbeitslosenproblem führte der Minister aus, daß es mit dem besten Willen die nächste Zeit nicht möglich sein werde, für alle Arbeitslosen Arbeit zu schaffen.

Senkung der Börsenumsatzsteuer.

Berlin. Die Börsenumsatzsteuer wird mit Wirkung ab 3. Mai eine Senkung erfahren, und zwar für Händlergeschäfte von 1 pro Mille auf 0,75 pro Mille und für Kundengeschäfte von 3 pro Mille auf 1,5 pro Mille. Da die Vorkriegssätze einseitig für Händler, bedeuten die jetzt ermäßigten Sätze immer noch das Zweifelhafte bzw. Fünftel der Vorkriegssätze.

Eine gemeinsame alliierte Anfrage in Berlin.

Warschau. Das polnische Auswärtige Amt hat ein Telegramm aus Paris erhalten, in dem erklärt wird, daß in den nächsten Tagen eine Gesamtdemarche der Locarnostädte über den deutsch-russischen Vertrag in Berlin zu erwarten sei. Wie ein Pariser Blatt dazu zu berichten weiß, haben die juristischen Sachverständigen des Auswärtigen Amtes in Paris einen Fragebogen ausgearbeitet, der sich auf den deutsch-russischen Vertrag bezieht und der Reichsregierung zur Beantwortung vorgelegt werden soll.

Bergarbeiterstreik in England.

Hunderttausende ausgeperrt. — Die Lebensmittelversorgung gefährdet.

London. Der seit Wochen drohende Bergarbeiterstreik in England ist in der Nacht vom Freitag zum Samstag zur Tatsache geworden. Alle Verhandlungen der Regierung mit den Bergarbeiterorganisationen waren ergebnislos, so daß sämtliche Bergwerke Englands nunmehr still-